

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Erweiterung als Chance

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1994) : Erweiterung als Chance, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 3, pp. 106-107

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137098>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Erweiterung als Chance



Hans-Eckart Scharrer

Wenn auch noch die letzten Hindernisse für die Mitgliedschaft der drei skandinavischen Länder und Österreichs in der Europäischen Union (EU) aus dem Weg geräumt sind – und dazu gehört neben der Einigung über Fischfangquoten und über die Sperrminorität bei Ratsentscheidungen vor allem die Zustimmung der Bevölkerung in den Beitrittsländern –, dann wird die EU ein Gebiet vom Nordkap bis Sizilien mit einer Bevölkerung von 372 Millionen und einem Bruttoinlandsprodukt von sechs Billionen ECU repräsentieren.

Den Beitrittsländern gewährt der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) schon seit Anfang dieses Jahres den freien Zugang zu den (Industrie-)Waren-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Kapitalmärkten der Gemeinschaft zu vergleichbaren Bedingungen wie für die EU-Mitglieder – wenn auch bei geringeren Einflußmöglichkeiten auf die Fortentwicklung des Binnenmarkt-Rechts. Das „Mehr“ einer Vollmitgliedschaft auf ökonomischem Gebiet ist demnach vor allem in der Teilnahme an der gemeinsamen Handelspolitik, der Agrarpolitik, der Regional- und Sozialpolitik, der gemeinsamen Finanzierung und vor allem der gleichberechtigten Mitwirkung bei der Entscheidungsbildung zu suchen.

Schon die Aufzählung dieser Elemente läßt Zweifel daran aufkommen, ob das „Mehr“ für die Neumitglieder in jedem Fall einen Vorteil bedeutet. Mit der Unterwerfung unter die eurozentristische Gemeinsame Handelspolitik der Gemeinschaft verlieren sie einen wettbewerbspolitischen Parameter, den sie bisher geschickt zur Aufrechterhaltung der Dynamik und Innovationskraft ihrer Wirtschaft eingesetzt haben. Ob die Teilhabe an der größeren Verhandlungsmacht der EU diesen Verlust aufwiegt, wird sich erst noch zeigen müssen. Die Teilnahme an der Gemeinsamen Agrarpolitik bedeutet – jedenfalls für die Landwirte in drei der vier Länder (außer Schweden) – erhebliche Opfer, da die Agrarpreise dort, zum Teil bedingt durch Klima und Bodenbeschaffenheit, erheblich über den EG-Preisen liegen. Es wird nicht einfach sein, die regionalen Einkommens- und Beschäftigungsverluste zu kompensieren. Das gilt in Norwegen auch für die Abtretung von Fangquoten an Fischer aus anderen Mitgliedstaaten der EU.

Einen begrenzten Beitrag zur Kompensation kann die EG-Regionalpolitik leisten, die mit der Schaffung eines neuen „Ziel 6“ künftig die Förderung von Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte (unter acht Personen pro qkm) in ihren Maßnahmenkatalog aufnimmt. Das entscheidende Problem wird dabei sein, neue Beschäftigungsmöglichkeiten in Regionen zu schaffen, die – anders als die Mittelmeerländer – nicht nur weit an der Peripherie der Gemeinschaft, sondern der Weltwirtschaft selbst liegen. Ein wesentlicher Teil der Ausgleichsmaßnahmen wird aber aus den nationalen Kassen finanziert werden müssen. Dies ist um so belastender, als die Beitrittsländer, außer Finnland, im EU-Rahmen „Nettozahler“ sein werden: Schweden und Österreich mit jährlich je 1,5 Mrd. DM, Norwegen mit rund 700 Mill. DM. Bezogen auf die geringe Bevölkerung sind dies erhebliche Beträge.

Neben den außen- und sicherheitspolitischen Aspekten, die vor allem (aber nicht nur) aus finnischer Sicht eine Einbindung in die EU attraktiv machen, sind es daher besonders die zusätzliche wirtschaftspolitische Planungssicherheit und die davon zu erwartenden mittel- und langfristigen Wachstumsgewinne, die aus Sicht der Beitrittskandidaten für eine Vollmitgliedschaft sprechen. Tatsächlich dürfte die Perspektive der vollen und irreversiblen Teilhabe an dem großen

europäischen Markt den Unternehmen ebenso wie der Wirtschaftspolitik in den „jungen“ Mitgliedstaaten neue Impulse zur innovativen Gestaltung des Strukturwandels geben.

Innovative Impulse sind auch für die Gemeinschaft zu erhoffen. Größe allein, das haben die letzten Jahre demonstriert, ist kein Zeichen von Effizienz. Zwischen den sechziger und den achtziger Jahren hat sich die Wachstumsrate des realen BIP in der EG von 4,8% auf 2,3% mehr als halbiert, sie liegt seitdem – trotz des nach wie vor bestehenden Einkommensrückstands pro Kopf – unter der Expansionsrate in den USA. Noch schlechter ist das Leistungsergebnis gemessen an der Beschäftigung: von 4,1% in den siebziger Jahren schnellte die Arbeitslosenquote in den achtziger Jahren auf 9,6% empor, in den USA stieg sie „nur“ von 6,4% auf 7,1% und liegt seitdem deutlich unter dem EU-Wert. Schließlich ist die Gemeinschaft im internationalen Technologie-wettbewerb zurückgefallen. Ihr Anteil am Weltexport von Industriegütern hat deutlich abgenommen, wobei die Marktanteilsverluste bei „komplexen“, technologisch anspruchsvollen Produkten am größten waren.

Zwar wäre es sicher verfehlt, die ökonomischen und wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen in den Mitgliedstaaten, die in ihrer Summe das Gemeinschaftsergebnis ausmachen, einseitig der EG anzulasten: Trotz zunehmender Kompetenzübertragung an die Gemeinschaft handeln die Mitgliedstaaten auf den für die Standortqualität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Politikfeldern noch immer weitgehend autonom. Dennoch besteht die Vermutung, daß die (Süd-)Erweiterung und die Vertiefung der Gemeinschaft, ungeachtet des „Wettbewerbsprogramms“ Binnenmarkt, zu wachsendem Eurozentrismus und Festungsmentalität, zunehmendem Interventionismus und Verteilungsdenken und damit zu einer Lähmung der Wettbewerbskräfte, zu „Eurosklerose“ und Verlangsamung des wirtschaftlichen Strukturwandels beigetragen haben.

Zu wünschen ist, daß die neuen Mitglieder mit ihrer weltwirtschaftlichen Orientierung und ihrem ausgeprägten Individualismus daran mitwirken werden, diesen Fehlentwicklungen Einhalt zu gebieten und der Europäischen Union neue Impulse für mehr Offenheit, Wettbewerb (auch der wirtschaftspolitischen Konzeptionen) und Stimulierung der Wachstumskräfte zu geben. Sie bedeuten daher potentiell eine Stärkung der „liberalen“ Fraktion im Rat. Der Bundesrepublik fällt in diesem Zusammenhang eine zentrale Aufgabe zu: Sie wird einerseits marktwirtschaftliche Positionen, auch im Schulterschuß mit Großbritannien, nachdrücklicher als bisher vertreten müssen; andererseits wird sie in enger Zusammenarbeit mit Frankreich darauf zu achten haben, daß die Gemeinschaft nicht in zwei Blöcke – eine protektionistische und interventionistische Südfraktion und eine eher marktwirtschaftlich orientierte Nordfraktion – zerfällt, die sich gegenseitig paralysieren und so die Fortentwicklung der Gemeinschaft verhindern.

Wirtschaftlich dürfte der Beitritt der skandinavischen Länder die Wachstumsbedingungen der gesamten Nordregion um die Ostsee verbessern. Norddeutschland tritt noch mehr als bisher aus seiner Randlage heraus, die wirtschaftlichen Bindungen Skandinaviens zu Polen, den Ländern des Baltikums und Rußland dürften auch diesen Ländern neue Entwicklungsanreize bieten. Mittel- und langfristig könnte hier, bei geeigneten politischen Bedingungen, ein neues wirtschaftliches Gravitationsfeld entstehen. Die deutsche Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte wird Gelegenheit geben zu testen, ob die EU bereit ist, die skandinavischen Bindungen in konstruktiver Weise zu ihren eigenen zu machen.

Tatsächlich wird nach der weitgehenden Komplettierung der Nord-Süd-Integration (noch unerledigt: Malta, Zypern, Türkei) künftig die Vertiefung der ökonomischen und politischen Beziehungen mit Osteuropa im Zentrum der europäischen Einigungspolitik stehen. Ungarn und Polen haben bereits Beitrittsanträge zur EU angekündigt. Als eine Etappe auf dem Wege zur Mitgliedschaft bietet sich die schrittweise Aufnahme dieser Länder in den EWR an. Zugleich wird, schon im Vorfeld der Vertragskonferenz von 1996, eine neue Ziel- und Strategiediskussion über die künftigen Konturen der EU dringlich. Ein wichtiges Thema wird dabei die bisher tabuisierte Frage einer Teilmitgliedschaft sein müssen, die sich nicht nur auf die Teilnahme an der (inhaltsleeren) gemeinschaftlichen Außen- und Sicherheitspolitik beschränken kann.

Mit der laufenden Erweiterungsrunde scheint die Gemeinschaft in ihrer herkömmlichen Gestalt an ihre Grenzen gelangt. Leider nehmen die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen auf diese Grenzen keine Rücksicht. Innovative Integrationskonzepte sind jetzt gefragt.